

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 8

48. Jahrgang

August 1994

Soziale Konflikte haben ihre Ursache weit eher im Verschweigen oder Verzögern fälliger politischer Zielvorgaben als in ihrem Gefolge.

Richard von Weizsäcker

Schwierige Profilsuche

Zweieinhalb Monate vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag befindet sich Deutschland in einer merkwürdig unentschiedenen politischen Stimmungslage. Die Zeit, in der es ausgemacht schien, daß die Sozialdemokraten im Oktober die Regierungsverantwortung an sich ziehen würden, ist längst vorüber. Daß die konservativ-liberale Regierungskoalition unter Bundeskanzler *Helmut Kohl* die kommende Bundestagswahl überstehen wird, kann indes auch nicht als wirklich ausgemacht gelten. Die Rückkehr der Freien Demokraten in den Bundestag ist nach den letzten Wahlen nicht hundertprozentig sicher, auch wenn man sich Mut zuspricht mit dem Hinweis, Bundestagswahlen folgten anderen Gesetzen als Landtagswahlen. Die Erfolge der PDS in den neuen Bundesländern gestalten die Lage zusätzlich unübersichtlich. Wenn es zwischen Schwarz-Blau und Rot-Grün eng werden sollte, könnte dies der SED-Nachfolgepartei einen Einfluß verschaffen, den sich in Bonn – außer ihr selbst – eigentlich niemand wünscht. Als große Unbekannte hat sich nach Sachsen-Anhalt die Wahlbeteiligung als ein möglicherweise wahlentscheidender Faktor zurückgemeldet.

Das Erbe der Volksparteien

Aber es sind nicht nur diese Unwägbarkeiten in bezug auf den Ausgang der Wahl, die die Stimmung prägen. Die Erwartung, daß je nach Wahlausgang die zukünftige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland sehr unterschiedlich ausfallen wird, hegt kaum jemand. Verbreiteter ist demgegenüber der Eindruck, die großen Volksparteien sei-

en sich in ihren Perspektiven noch nie so ähnlich gewesen wie heute.

Unterscheidungen wie „rechts“ und „links“ sagen nur mehr wenig aus. Schon die Volksparteien der Nachkriegszeit entzogen sich ein gutes Stück der schroffen Entgegensetzung der klassischen weltanschaulich-politischen Milieus. Volkspartei wurden sie nur dadurch, daß sie je auch Elemente der anderen Seite in sich integrierten, also bei den Sozialdemokraten die größere Wirtschaftsnähe und die Sozialdemokratisierung bei den Konservativen. Was ist von der Unterscheidung in „rechts“ und „links“ geblieben? Der tendenzielle Gegensatz zwischen Leistungsorientierung bzw. Selbsthilfe des einzelnen einerseits und Minderung sozialer Gegensätze und gesellschaftlichen Unfriedens durch Unterstützung des einzelnen durch die Gemeinschaft andererseits?

Der frischgebackene SPD-Parteivorsitzende *Rudolf Scharping* versuchte vor Monaten internationale Befürchtungen gegenüber einer sozialdemokratisch geführten künftigen Bundesregierung dadurch zu zerstreuen, daß er sich weithin hinter die Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Kohl stellte. Die Zeit, als man sich in bezug auf die politischen Kontakte zu den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas ins Gehege kommen konnte, gehört der Vergangenheit an. Mit dem „Volksfront“-Vorwurf wird versucht, an Zeiten mit klaren ideologischen Unterscheidungslinien wiederanzuknüpfen; ob er allerdings verfängt, bleibt abzuwarten.

Und was – erst recht nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli (vgl. ds. Heft, S. 382) – künftige Einsätze der Bundeswehr im Rahmen von UNO-Einsätzen angeht, sind die Dinge noch allzu sehr im Fluß und ist inner-

halb der SPD die Diskussion wohl auch zu kontrovers, als daß sich zwischen Regierungskoalition hier und SPD dort ein stabiler und damit die jeweilige politische Unverwechselbarkeit fördernder Gegensatz aufbauen würde. Sowohl die internationalen Erwartungen als auch die transnationale Verflechtung in der Außen- und Sicherheitspolitik werden jedenfalls allen Tendenzen, als Deutsche auf diesem Gebiet eigene Wege gehen zu wollen, enge Grenzen setzen.

Schon durch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts bedingt, können die Vorstellungen selbst beim Paragraphen 218 in Regierungskoalition und der größten Oppositionspartei nicht sonderlich weit auseinanderliegen. Und welcher Sozialdemokrat bedauert schon ernsthaft, daß seine Partei vor Jahresfrist zu einer einschneidenden Änderung des Asylrechts Ja gesagt hat, selbst wenn er manches an der konkreten Anwendung der Gesetzesregelung kritisieren mag?

Der Eindruck, daß die großen politischen Parteien in Deutschland sich immer ähnlicher werden, konnte sich auch deshalb einstellen, weil weniger denn je eindeutig zu sagen ist, welches politische Lager an der Regierung und welches in der Opposition ist. Beide politische Lager sind im Grunde dauernd an der Macht: die einen in Bundesregierung und Bundestag, die anderen über die Mehrheit der Länder im Bundesrat. Verschiedenste Koalitionsformen in den Ländern einschließlich der viel geschmähten Großen Koalition schmieden „rechts“ und „links“ aneinander. Zur Profilierung bleibt da wenig Spielraum. Und ein Bundeskanzler, der sich auf europäischer Ebene mit Sozialisten bzw. Sozialdemokraten ausnehmend gut versteht, läßt sich daheim nur schwer zum Sozialdemokratenschreck aufbauen.

Gründerzeiten eignen sich offenbar nicht für Nachdenklichkeit

Wenn die Gegensätze in den großen Fragen also offenbar erheblich zusammengeschmolzen sind, bedeutet dies jedoch nicht, daß man nicht weiterhin in zahlreichen Detailfragen unterschiedliche Akzente und erst recht rhetorisch-publizistisch eigene Duftmarken setzt. Ob die Vorstellungen, wenn es zum Schwur kommt, dann so weit auseinanderliegen, ist eine andere Frage. Was *Ehe und Familie* bei der Union, ist die *Armut* bei den Sozialdemokraten. Dennoch ist die Union in sozialen Belangen nicht einfachhin unsensibel und die Sozialdemokraten wissen sehr wohl den Wert stabiler familiärer Beziehungen zu schätzen. Auf den weiteren Klärungsprozeß zum Thema Lebensformen in der Union darf man gespannt sein, während das Klischee, ihre „soziale Ader“ mache aus Sozialdemokraten automatisch schlechte Haushalter, gerade für eine jüngere Generation an Politikern und Politikerinnen nicht mehr ohne weiteres verfängt.

Zwischen der rhetorischen Verve, mit der die großen Parteien „ihre“ Themen im Gespräch zu halten suchen, und der konkreten Umsetzung dieser Themen in Gesetzgebungsverfahren, liegt jedenfalls ein weiter Weg. Außerdem wirken sich systembedingte Sachgesetzmäßigkeiten und finanziell

äußerst begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten profilmindernd aus. Wenn die Parteien selbst aus unterschiedlichen Gründen feststellen, daß sie im übrigen sich möglicherweise selbst schaden, träten sie dem Eindruck der Ähnlichkeit nicht entschieden entgegen, heißt dies nicht, daß sie sich nicht tatsächlich ähnlicher geworden sind.

Natürlich hat diese Stimmungslage auch mit dem Fortfall des Ost-West-Gegensatzes und dessen Rückwirkungen auf die politische Psychologie eines Landes wie Deutschland zu tun. Auch wenn der Osten schon seit langem keine wirkliche Systemalternative mehr bot, nur schon seine bloße Existenz markierte einen ideologischen Antagonismus, der als solcher auf das politische Bewußtsein einwirkte. Im Zuge von Individualisierung bzw. Ent-Ideologisierung schmolzen die ideologischen Milieus zwar auch schon vor dem Fall der Mauer, aber seither hat sich diese Tendenz noch weiter beschleunigt. Auch das Stichwort von der „Politikverdrossenheit“ gehört in diesen Zusammenhang.

Zu fragen wäre jedoch etwa, ob sich die Politik hierzulande nicht durch die Probleme des deutschen Einigungsprozesses den Blick auf einige grundlegende Anfragen an die moderne technisch-industrielle Zivilisation versperren und insofern wertvolles Profilierungsgelände ungenutzt läßt. Deutschland schaut seit Jahren wie gebannt auf die Vollendung der Einheit, was vor allem heißt: die Verringerung des wirtschaftlichen Abstandes zwischen den neuen Bundesländern und Westdeutschland. Die Gelegenheit und die Notwendigkeit, das Wirtschaftswunder gewissermaßen wiederholen zu können, hat Zweifel an der ökologischen Verträglichkeit der Wachstumsorientierung der Marktwirtschaft wie weggeblasen. Gründerzeiten eignen sich offenbar nur wenig für Nachdenklichkeit.

Es wächst der „Abstand zwischen dem, was zu tun wäre und dem, was getan wird, zwischen dramatischen Überlebensfragen und einem oft selbstgefälligen und häufig phantasielosen Vollzug wirklicher oder angeblicher Sachzwänge, die Kluft zwischen einer Welt voller Risiken und einem Politikverständnis, das sich auf Wirtschaftswachstum und seine Verteilung konzentriert und sich im taktischen Geplänkel um Macht zu erschöpfen scheint“, schrieb *Erhard Eppler* vor zwei Jahren. Und Sachsens Ministerpräsident *Kurt Biedenkopf* löckte unlängst mit seiner Kritik am Wachstumsfetischismus wider den Stachel – ausgerechnet in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Wegen seiner vermeintlichen Unverzichtbarkeit hat der Glaube an die Allmacht des Wachstums – gegen alle offensichtliche wirtschaftliche Vernunft – pseudoreligiöse Formen angenommen...“

Bundespräsidenten, Kirchen und einige Politiker in einer gewissen innerparteilichen Oppositionsrolle bzw. im Ruhestand scheinen gegenwärtig die einzigen zu sein, die profilierter reden, mit anderen Worten: die nötige Freiheit besitzen, grundlegende Umorientierungen in Wirtschaft und Staat im nachkommunistischen Europa einzufordern, die noch andere Visionen mit sich herumtragen als diejenige, daß das Bruttosozialprodukt in Ostdeutschland dem in

Westdeutschland angeglichen werden soll. Bezeichnend für die gegenwärtige Lage war es beispielsweise, daß der scheidende wie der neue Bundespräsident, beide aus der CDU hervorgegangen, in ihren Ansprachen aus Anlaß des Amtswechsels das Thema Einwanderungspolitik ansprachen, von der jedoch die gegenwärtige Regierungskoalition bisher nichts wissen will.

In seinem neuesten Buch fordert der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Wolfgang Schäuble*, die Politik müsse „heute (allzuoft) nach Lösungen für Probleme suchen, für die es noch kein richtiges Problembewußtsein gibt“. Welche Konsequenz er daraus zieht, sagt er nicht: Sind Politiker nur in der Lage, Lösungen für Probleme zu suchen, für die bereits ein ausreichendes Problembewußtsein besteht? Besteht nicht gerade der Vorteil der repräsentativen im Unterschied zur direkten Demokratie darin, daß Politiker zwar dem Volk gegenüber rechenschaftspflichtig, ihm aber auch nicht in jeder Detailentscheidung auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind? Will Schäuble gar dem Wähler die Schuld daran geben, daß die Politik nicht in der Lage ist, die tatsächlich brennenden Gegenwartsprobleme anzugehen?

Daß sich die Marktwirtschaft als das effektivere Wirtschaftssystem herausgestellt hat, bezweifelte auch vor dem Fall der Mauer kaum jemand ernsthaft. Wer das Hohelied auf die Marktwirtschaft heute jedoch allzu häufig und ungefragt singt, setzt sich dem Vorwurf aus, er wolle die vielfältigen Probleme den Arbeitsmarkt betreffender, sozialpolitischer, ökologischer, entwicklungspolitischer Art nicht sehen. Auch von einem wünschenswerten prospektiven Realismus in bezug auf zentrale weltpolitische Herausforderungen scheint man gegenwärtig in Deutschland weiter denn je entfernt zu sein. Nur schon das sichere Wissen darum, daß der Lebensstandard des Westens auf die Dauer nicht weltweit die Meßlatte abgeben kann, und zwar, weil dies die natürlichen Ressourcen der Erde nicht hergeben, müßte auf allen politischen Ebenen die Alarmglocken schrillen lassen. Der Zusammenbruch von Berliner Mauer, Weltkommunismus und Apartheid bietet keine weltpolitische Verschnaufpause, kein Erfolgsgefühl, auf dem man sich ausruhen könnte. Dafür sind die sich abzeichnenden Verwerfungen zwischen fortdauernder Unterentwicklung, neu erwachtem Nationalismus, Flüchtlingsproblematik und dem Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen des Menschen viel zu brisant.

Der Vorwurf des Moralisiereins, in dem Zusammenhang gerne zur Hand, verfängt nicht. Schon aus einem wohl verstandenen Eigeninteresse heraus ist es angezeigt, sich darüber Gedanken zu machen, wie es weltweit angesichts der fortbestehenden sozialen Gegensätze weitergeht. Daß es im Interesse des friedlichen Zusammenlebens in einem Land angezeigt ist, die sozialen Gegensätze ein bestimmtes Maß nicht übersteigen zu lassen, sieht jeder ein. Daß die weltweit fortbestehenden bzw. zunehmenden Gegensätze ein erhebliches Unsicherheitspotential in sich bergen, gilt in Mitteleuropa bis heute als ein politisches Thema der Güteklasse „soft“. Statt im Zusammenhang mit solchen Fragen gerät in

Deutschland ein Parteivorsitzender wie Rudolf Scharping über das Tempolimit auf Autobahnen ins Straucheln.

Eine zweite verbreitete Reaktionsweise ist die Suche nach Scheinantworten, mit denen man glaubt, alle Probleme dieser Gesellschaft in den Griff zu kriegen. Man kann es inzwischen nicht mehr hören, das „Gejammere über Individualisierung...“ (*Ulrich Beck*). Wohin man auch schaut, von der demographischen Entwicklung in Deutschland bis zum Gesundheitswesen, von der Freizeit bis zum Arbeitsethos – endlich glaubt man die Kategorie gefunden zu haben, mit der sich alle Schwachstellen bewältigen lassen.

Werden die alten ideologischen Unterscheidungen wieder hervorgeholt?

Gebetsmühlenartig müssen die Deutschen gegenwärtig über sich ergehen lassen, wie von Individualismus bis Selbstverwirklichung die ganze Litanei an Versäumnissen herunterbetet und der politischen Seite in die Schuhe geschoben wird, die man bis heute für 1968 und die Folgen haftbar macht. So als bedürfe es nur eines Federstrichs und schon seien die Schattenseiten – deren Existenz als solche niemand ernsthaft bestreitet – des Individualisierungsprozesses abgestellt. Als sei es bereits damit getan zu beschwören, man sei für die Familie, für Gemeinschaftsformen wie Nachbarschaft und Vereine, für mehr Bürgersinn und Pflichtgefühl, für etwas mehr Solidarität.

Individualisierung, die Einbuße an gesellschaftlichem Konsens, an Bindungskräften in Gemeinschaften und Milieus werden als Grundübel der Gesellschaft ausgegeben und zugleich wird der Eindruck erweckt, mit etwas Populär-Kommunitarismus ließe sich dem entscheidend entgegenwirken, anstatt nüchtern festzustellen, daß diese Phänomene, ambivalent, wie sie sind, im Ergebnis von dem herrühren, was alle wenn schon nicht im Kern bejahen, so doch wenigstens in seinen vorteilhaften Seiten nutzen: die Dominanz wirtschaftlichen Effektivitätsdenkens, der naturwissenschaftlich-technische Fortschritt, die zunehmende berufliche, geographische und soziale Mobilität der Menschen, auch der Sozial- und Wohlfahrtstaat, nicht zuletzt die Bildungsexplosion der letzten 30 Jahre.

Ob man zentrale Herausforderungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts lieber mit Schweigen übergeht oder Scheinlösungen für Lösungen ausgibt – parteipolitisches Profil läßt sich auf diese Weise kaum erzielen. Die alten ideologischen Unterscheidungslinien wieder neu aufladen zu wollen, mag zwar bestimmte bereits vergessen geglaubte Wir-Gefühle in den Parteien wiederbeleben und für die verunsicherte Parteiseele wärmende Erinnerungen bereithalten. Beiträge zu heutigen Problemlösungen sind dies nicht. Wie ähnlich die Parteien sich dann schließlich in ihren Lösungen und Lösungsansätzen tatsächlich sind, wird sich im übrigen nicht am parteitaktischen Planungstisch vor den Wahlen herausstellen, sondern im politischen Alltag nachher. *Klaus Nientiedt*